

3787/AB-BR/2023
vom 08.05.2023 zu 4085/J-BR

Bundesministerium
 Arbeit und Wirtschaft

bmaw.gv.at

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Bundesrates
 Günter Kovacs
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.190.908

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)4085/J-BR/2023

Wien, am 8. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Bundesrat Korinna Schumann und weitere haben am 08.03.2023 unter der **Nr. 4085/J-BR** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Barcelona Ziele 2030: Warum werden wir den EU weiten Mindeststandards zur Kinderbildung nicht gerecht?** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen für den Zuständigkeitsbereich des Ressorts wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 16

- Am 8.12.2022 wurde vom Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" eine Empfehlung zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung angenommen. Wie beurteilen Sie diese Empfehlungen?
- Wie hat sich die österreichische Bundesregierung in diesen Fragen auf europäischer Ebene positioniert?
- Welches Ressort war bei dem EU-Vorhaben federführend?
- Welches Ressort war für die Position der österreichischen Bundesregierung und damit die Erstellung der Weisung zu der "Empfehlung des Rates zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung: die Barcelona-Ziele für 2030" zuständig?
- Inwiefern war das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft an der Positionsfindung und schlussendlich der Positionierung beteiligt?

- Falls Ihr Ressorts an der Erarbeitung der österreichischen Position beteiligt war: welche Position hat das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft in den Gesprächen und Verhandlungen zu den Barcelona Zielen 2030 zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung konkret vertreten?
 - Wie wurden diese Positionen kommuniziert?
 - Welche Position wurde diesbezüglich innerhalb der Bundesregierung vertreten?
 - Wie begründen Sie diese Positionen?
- Wurden im Vorfeld Gespräche geführt, um den Vorschlag der Kommission zu den Empfehlungen des Rates betreffend den Barcelona Zielen 2030 zu korrigieren?
 - Wenn ja: Mit wem wurden Gespräche geführt?
 - Wenn nein: Warum nicht?
- Welche konkreten Vorschläge zur Veränderung der Empfehlung der Kommission kamen aus Ihrem Ministerium?
- Inwiefern lassen sich diese Vorschläge in der angenommenen Empfehlung des Rates der Europäischen Union wiederfinden?
- Wurden im Vorfeld Gespräche mit dem federführenden Ressort aufgenommen?
- Wurden im Vorfeld Gespräche mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend der Barcelona Ziele 2030 geführt?
 - Wenn ja: Welche Punkte wurden bei diesen Gesprächen konkret behandelt?
 - Wenn nein: Warum nicht?
- Wurden im Vorfeld Gespräche mit dem Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt betreffend der Barcelona Ziele 2030 geführt?
 - Wenn ja: Welche Punkte wurden bei diesen Gesprächen konkret behandelt?
 - Wenn nein: Warum nicht?
- Befürworten Sie eine Anhebung der Barcelona Ziele 2030 auf eine formelle Teilnahmequote von 50% bei unter 3 Jährigen?
 - Wenn ja: Inwiefern setzen Sie sich dafür ein?
 - Wenn nein: Warum nicht?
- Befürworten Sie eine Streichung der Ausnahmeregelungen in den Empfehlungen, wonach die Zielvorgaben Österreichs bis 2030 nun unter vom Niveau von den Barcelona Zielen bis 2010 bzw. 2020 sind?
 - Wenn ja: Inwiefern setzen Sie sich dafür ein?
 - Wenn nein: Warum nicht?
- Wie werden Sie die Barcelona Ziele 2030 zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in Österreich erreichen? Welche Zwischenziele werden bis 2030 angestrebt?
- Wie plant das Bundesministerium den zukünftigen Austausch mit den EU Institutionen zur Erreichung der Barcelona Ziele 2030?

Österreich konnte beim Rat für "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" am 8.12.2022 der Ratsempfehlung zur Überarbeitung der Barcelona-Ziele zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung zustimmen.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist in diesem Prozess federführend mit der Koordinierung und Einbindung anderer Ressorts sowie der Vertretung der österreichischen Position betraut. Das Dossier wurde in der Ratsarbeitsgruppe Sozialfragen verhandelt.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist ein flächendeckender, inklusiver, leichter und leistbarer Zugang zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung hinsichtlich einer Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Eltern, und dabei mit dem Verweis auf die hohe Teilzeitquote der Frauen in Österreich, insbesondere jene der Mütter, zu befürworten.

Aus Sicht des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft sind Bemühungen zur Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen grundsätzlich zu begrüßen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt